

Rheinsberger Zeitung

Amfliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg

Bezugs-Preis

Im unteren Geschäftsstelle sowie bei den Abstellstellen
beim Bezuge durch die Post 0,90 Mark. Durch
Briefträger oder durch Boten frei ins Haus gebracht
1,00 Mark.

Für die Schriftleitung
verantwortlich
Carl Thirman



Druck und Verlag
E. Schumanns Buchdruckerei,
Rheinsberg.

Anzeigen

Für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend er-
scheinende Blatt werden mit 0,20 Mark für die 6-ge-
spaltene Zeitspalte oder deren Raum berechnet und bis
vormittags 10 Uhr vor jedem Erscheinungstage erbeten.

Nr. 70

Feinprecher

Donnerstag, den 15. Juni 1933.

Nummer 37

39. Jahrgang

Genf gegen Arbeitsdienst

Abfeder des Beschlusses des Effektivauschusses.

Der Effektivauschuss der Abrüstungskonferenz, der jetzt
in Genf tagt, hat am 12. Juni, nach einer Sitzung, die
am 11. Juni begonnen hatte, einen Beschluss gefasst, der
den Arbeitsdienst als einseitig und unbillig bezeichnet
und die Abrüstungskonferenz ersucht, sich für die
Beseitigung des Arbeitsdienstes einzusetzen.

Der Beschluss des Ausschusses ist ein
wichtiges Dokument, das die Haltung der
Alliierten gegenüber dem Arbeitsdienst
klarstellt. Er ist ein Ausdruck der
Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen
Lage und ein Aufruf zur
Ermittlung von Maßnahmen zur
Beseitigung des Arbeitsdienstes.

Der Beschluss des Ausschusses ist ein
wichtiges Dokument, das die Haltung der
Alliierten gegenüber dem Arbeitsdienst
klarstellt. Er ist ein Ausdruck der
Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen
Lage und ein Aufruf zur
Ermittlung von Maßnahmen zur
Beseitigung des Arbeitsdienstes.

Der Beschluss des Ausschusses ist ein
wichtiges Dokument, das die Haltung der
Alliierten gegenüber dem Arbeitsdienst
klarstellt. Er ist ein Ausdruck der
Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen
Lage und ein Aufruf zur
Ermittlung von Maßnahmen zur
Beseitigung des Arbeitsdienstes.

Der Beschluss des Ausschusses ist ein
wichtiges Dokument, das die Haltung der
Alliierten gegenüber dem Arbeitsdienst
klarstellt. Er ist ein Ausdruck der
Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen
Lage und ein Aufruf zur
Ermittlung von Maßnahmen zur
Beseitigung des Arbeitsdienstes.

Der Beschluss des Ausschusses ist ein
wichtiges Dokument, das die Haltung der
Alliierten gegenüber dem Arbeitsdienst
klarstellt. Er ist ein Ausdruck der
Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen
Lage und ein Aufruf zur
Ermittlung von Maßnahmen zur
Beseitigung des Arbeitsdienstes.

Der Beschluss des Ausschusses ist ein
wichtiges Dokument, das die Haltung der
Alliierten gegenüber dem Arbeitsdienst
klarstellt. Er ist ein Ausdruck der
Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen
Lage und ein Aufruf zur
Ermittlung von Maßnahmen zur
Beseitigung des Arbeitsdienstes.

Der Beschluss des Ausschusses ist ein
wichtiges Dokument, das die Haltung der
Alliierten gegenüber dem Arbeitsdienst
klarstellt. Er ist ein Ausdruck der
Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen
Lage und ein Aufruf zur
Ermittlung von Maßnahmen zur
Beseitigung des Arbeitsdienstes.

Der Beschluss des Ausschusses ist ein
wichtiges Dokument, das die Haltung der
Alliierten gegenüber dem Arbeitsdienst
klarstellt. Er ist ein Ausdruck der
Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen
Lage und ein Aufruf zur
Ermittlung von Maßnahmen zur
Beseitigung des Arbeitsdienstes.

Der Beschluss des Ausschusses ist ein
wichtiges Dokument, das die Haltung der
Alliierten gegenüber dem Arbeitsdienst
klarstellt. Er ist ein Ausdruck der
Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen
Lage und ein Aufruf zur
Ermittlung von Maßnahmen zur
Beseitigung des Arbeitsdienstes.

Zusammenbruch der Konferenz führt. Und so hoffen wir,
dass diese Konsequenz schließlich doch noch Genf zur Ernüch-
terung bringen wird. Was aber den deutschen Generalan-
griff gegen die Arbeitslosigkeit betrifft, so wird diese
Offensive durchgeführt werden, gleichgültig, wie man in den
Kreisen der Abrüstungsdelegationen darüber denkt.

Zahlen oder Nichtzahlen?

Ueberschau auf der Weltwirtschaftskonferenz. — Staats-
sekretär Hull vertagt seine Rede.

Die zweite Sitzung der Weltwirtschaftskonferenz stand
48 Stunden vor Fälligkeit der britischen Rate an Amerika
ausgesprochen unter dem Schatten des Schuldenproblems.
„Zahlen oder Nichtzahlen“, das ist die Frage, die mit dem
herannahenden Schicksal am Donnerstag für die britische Re-
gierung immer aktueller wird. Die Engländer hatten bekanntlich
beschlissen, an Stelle der ganzen 19-Millionen-Frunden-
Zahlung Amerika als Zeichen des guten Willens einen Klein-
beitrag von einer Million Pfund zu überweisen. Das
hat in Washington bereits peinliches Aufsehen erregt.

In aller Eile wurden in London Kabinetsbesprechungen ab-
gehalten, und es wird damit gerechnet, dass die Engländer,
vor allem als notwendig, die Probleme, die sich auf dem
Gebiete des Geldwesens und der Produktion ergeben hätten,
zu lösen. Valadier erklärte, man müsse die Freizügigkeit
des Geldes wiederherstellen, denn nur so könne man die
Kämpfe auf dem Gebiete des internationalen Geldwesens
beenden. Eine Entlastung des Arbeitsmarktes könne herbei-
geführt werden, wenn die 40-Stundenwoche international
angenommen würde.

Beginn der Aussprache

An Stells von Hull eröffnete der französische Minister-
präsident Daladier den Rednerzettel. Er bezichtigte es
vor allem als notwendig, die Probleme, die sich auf dem
Gebiete des Geldwesens und der Produktion ergeben hätten,
zu lösen. Valadier erklärte, man müsse die Freizügigkeit
des Geldes wiederherstellen, denn nur so könne man die
Kämpfe auf dem Gebiete des internationalen Geldwesens
beenden. Eine Entlastung des Arbeitsmarktes könne herbei-
geführt werden, wenn die 40-Stundenwoche international
angenommen würde.

Der italienische Delegierte Inghelso erklärte, dass erst das
internationale Schuldenproblem gelöst werden müsse,
ehe man an eine Erhöhung des internationalen Preisniveaus
und an eine Begrenzung der Zollschranken herangehen
könne.

Die Erhöhung des Preisniveaus dürfe lediglich im Zu-
sammenhang mit dem Währungsproblem verhandelt werden.
Eine Besserung der internationalen Wirtschaftsver-
hältnisse könne nur durch eine tatsächliche Stabilisierung der
Währungen erzielt werden.

Der japanische Delegierte Ichi erklärte, Japan sei be-
reit, alle Maßnahmen zu prüfen, die geeignet seien, eine
Rückkehr zur Goldwährung zu ermöglichen und den Wert-
schwankungen auf dem Devisenmarkt vorzubeugen. Im
übrigen sei ein Abbau der Zollschranken zu beschließen.
Ichi trat ferner für eine Annäherung der Meistbegünstig-
ungsklausel ein und erinnerte daran, dass es ohne Befriedi-
gung der wirtschaftlichen Beziehungen auch keinen politischen
Frieden geben könne.

Nachdem der Vertreter Uruguay's und Südafrikas ge-
sprochen hatte, trat die Mittagspause ein.

Der deutsche Standpunkt

In der Nachmittagsitzung der Weltwirtschaftskonferenz
sprach der Führer der deutschen Delegation, Außenminister
Freiherr von Neurath. Nach Worten des Dankes an den
englischen König und an die englische Regierung, führte

Reichsaussenminister von Neurath

u. a. aus:

„Für die Generaldebatte möchte ich dem allgemein an-
erkannten und auch in dem Bericht der Experten aufgenom-
menen volkswirtschaftlichen Grundgedanken betonen, dass
internationale Schulden letzten Endes nur durch Wa-
ren- und Dienstleistungen abgetragen werden können.
Nach unserer Auffassung werden die wirtschaftlichen
und insbesondere die handelspolitischen Probleme erst dann
einer Lösung zugeführt werden können, wenn man sich zu-
vor über die fundamentalen Grundzüge der Kredit- und Fi-
nanzfragen befriedigend verständigt hat. Die Goldwährung
hat keinen Sinn, wenn die Freizügigkeit des Geldes nicht
gewährleistet ist. Nachdem diese Konferenz der lebendige
Ausdruck dieser Einsicht ist, werden wir auch den Mut auf-
bringen müssen, die sich daraus ergebenden Lösungen durch-
zuführen.“

Freilich werden die Völker und Regierungen sich dazu
nur durchringen, wenn das Vertrauen und ein friedliches
und verständnisvolles Zusammenleben der Völker wieder her-
gestellt wird, wenn die großen politischen Aufgaben gere-
gelt werden, die immer noch der Lösung harren. Das das
andere große politische Problem, um dessen Lösung wir seit
Jahren ringen, vor dieser Konferenz nicht mehr gelöst wer-
den konnte, war eine herbe Enttäuschung.

Die deutsche Regierung kann von sich sagen, dass
sie ihr Teil dazu beigetragen hat, das Vertrauen wieder her-
zustellen. Selten wohl ist eine Regierungserklärung in der
Welt mit gleicher Spannung erwartet worden wie die kürz-
liche Erklärung des Reichsfinanzministers Hitler vor dem Deutschen
Reichstag.

Selten wohl ist eine Regierungserklärung mehr geeignet
gewesen als diese, Beruhigung zu schaffen und der Wie-
derkehr des Vertrauens die Wege zu ebnen.

Der Wert dieser Regierungserklärung kann nicht dadurch
gemindert werden, dass gesagt wird, das sind Worte, wir
wollen die Handlungen abwarten.

Die deutsche Regierung hat gehandelt

Sie hat ihr volles Teil dazu beigetragen, um die große
von staatsmännlicher Weisheit eingeleitete Initiative des
italienischen Regierungschefs zu verwirklichen und den Pakt
von Rom zu schaffen. Sie hat der Abrüstungskonferenz in
Genf einen neuen Impuls gegeben, in dem sie den Plan
des Herrn Macdonald als Grundlage der zukünftigen Kon-
vention angenommen hat. Sie hat das getan, obwohl die
Erfüllung der Verpflichtungen, auf die Deutschland einen An-
spruch hat, noch nicht sichtbar ist.

Vergessen wir nicht, dass ohne eine Lösung der großen
schwebenden politischen Fragen die Beratungen dieser Kon-
ferenz zu keinem betriebliebenden Ergebnis führen können.“

Private Zusammenkünfte in London

Während die Weltwirtschaftskonferenz ihre öffentlichen
Verhandlungen fortsetzt, findet eine Reihe von Zusammen-
künften zwischen den verschiedenen Vertretern der Finanz-
und den Sachverständigen der Großmächte hinter ver-
schlossenen Türen statt. Diese Beratungen betreffen die
Kriegsschulden und die Währungsstabilisierung, die kurz-
fristigen und die langfristigen Anleihen Deutschlands. Es
verlautet, dass amerikanische und andere Finanzsachverständige
mit dem neugebildeten Ausschuss der britischen Gläubiger
langfristiger deutscher Anleihen zusammengekommen
sind, um über eine gemeinsame Politik zu verhandeln.

Prager Konkurrenz der SPD

Zuschluss von Wels, Stampfer, Dreifeld und Vogel
aus der Partei?

Die nunmehr bestätigte Meldung, dass die Parteiführer
der SPD, Wels und Vogel in Gemeinschaft mit Dreifeld
und Stampfer in Prag ein Büro eröffnet haben, das sich
„Reichsleitung der Deutschen Sozialdemokratischen Partei“
nennt und das bei der zweiten Internationale als solche an-
gemeldet worden ist, hat die in Deutschland vertriebenen
Führer der SPD in große Schwierigkeiten gebracht.

Sowohl die Landtags- als auch die Reichstagsaktion
der SPD, haben sich scharf dagegen verwahrt, dass eine
Reichsleitung der Deutschen Sozialdemokratischen Partei im
Auslande entsandt. Es ist, nachdem nunmehr trotzdem ein
solcher Schritt erfolgt ist, große Stimmung dafür vorhan-
den, Wels, Dreifeld, Stampfer und Vogel aus der SPD
auszuschließen.

Die Leitung der Sozialdemokratischen Partei Deutsch-
lands mit dem Sitz in Berlin würde dann vermuthlich der
ehem. Reichstagspräsident Böbe übernehmen, der in Deutsch-
land geblieben ist und bereits seit geraumer Zeit die Ge-
schäfte der Partei führt. Ungeklärt ist auch die Frage, ob
Stampfer zur Herausgabe des „Vorwärts“ als Wochenblatt
in Prag überhaupt berechtigt ist, da der „Vorwärts“ Eigen-
tum der SPD ist und die deutschen Sozialdemokraten nicht
daran denken, das Verlagsrecht herauszugeben.

Strafanzeige gegen Mulert

Berlin, 14. Juni.

Bei der Staatsanwaltschaft ist vom neuen Präsidium
des Deutschen Städtetages Strafanzeige gegen den früheren
Präsidenten des Deutschen Städtetages, Mulert, erlassen
worden. Mulert wird Untreue bzw. Betrug zum Nachteil
des Deutschen Städtetages vorgeworfen. Die Anzeige wird
gegenwärtig von den Behörden nachgeprüft.

Anlageerhebung gegen Industriellen

4 Millionen Kaution.

Berlin, 14. Juni.

Die Staatsanwaltschaft hat gegen den Vorsitzenden des
Ausschusses der Akkumulatorenfabrik A.-G. Berlin-Hagen,
den Fabrikanten Dr.-Ing. e. h. Günther Quandt Anlage-
erhebung für die Rückzahlung der von ihm zur Anlage
erhaltenen. Dr. Quandt, gegen den richtigerweise Haftbefehl er-
lassen worden ist, wurde mit der Vollziehung der Haft gegen
eine Kaution von vier Millionen Reichsmark verdonnert.

Dr. Quandt hat sich nach den bisherigen Ermittlungen
in den Jahren 1925 bis 1933 neben den erheblichen Bezügen
als Vorsitzender des Ausschusses noch Gehalt und Tan-
gierne des höchstbezahlten Vorstandsmitgliedes der Gesell-
schaft bezahlet lassen, obwohl seine Tätigkeit für die Fabrik
der eines Vorstandsmitgliedes nicht im entferntesten gleich-
kam.